Beschluss des Landrats vom 21.05.2026

Nr. 1766

40. Gleich lange Spiesse im Bildungswesen – Schulische Ausbildung dem Ferienstandard der Berufslehre angleichen
2025/409; Protokoll: ps, tvr

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Silvia Lerch-Schneider (FDP) hält fest, es handle sich um eine wichtige Frage, wie die Gerechtigkeit zwischen der Wirtschaft und einem hochwertigen Bildungssystem längerfristig unter einen Hut gebracht werden kann. Ständig wird über den Fachkräftemangel gejammert, aber Lösungsansätze sind praktisch keine da. Das duale Bildungssystem stellt das Rückgrat der Wirtschaft dar und verbindet Theorie und Praxis. Es fördert die Eigenverantwortung und schafft tragfähige Karrierewege vom Handwerk bis in die Führungsetage. Gerade weil die Berufsbildung so wichtig ist, müssen offensichtliche Schieflagen korrigiert werden. Während Lernende in einer Berufslehre rund fünf Wochen Ferien haben, haben Schülerinnen und Schüler der Gymnasien, WMS und FMS bis zu 14 Wochen Ferien und unterrichtsfreie Zeit. Auch die Arbeitstage sind mehrheitlich wesentlich länger. Diese Differenz ist politisch und gesellschaftlich immer weniger erklärbar. Auch die schulischen Ausbildungswege dienen der Vorbereitung auf das Berufs- und Erwerbsleben. Es geht um etwas Grundsätzliches; um Fairness und Gleichbehandlung und um gleich lange Spiesse. Was in der Wirtschaft selbstverständlich ist, muss auch im Bildungswesen gelten. Der Staat darf nicht systematisch die eine Form privilegieren. Genau das passiert aber heute – mit massiv mehr Ferien, weniger Präsenzzeit und vollschulischen Modellen, die immer attraktiver werden. Damit wird ein falsches Signal an die Jugend ausgesendet und zielt in die falsche Richtung. Die Folgen sind bereits heute spürbar: Immer mehr Junge entscheiden sich nicht aus Neigung oder Begabung für einen bestimmten Weg, sondern weil die Rahmenbedingungen attraktiver sind. Das schwächt die Berufsbildung und verschärft den Fachkräftemangel. Die KMU sind heute schon stark belastet. Sie investieren stark in Angebote, um ihre Berufe attraktiv zu machen. Die Betriebe suchen händeringend Lernende und Fachkräfte, während die schulischen Wege immer mehr Zulauf erhalten. Auf Dauer liegt dies nicht im Interesse des Kantons. Mit der Motion wird ein pragmatischer und vernünftiger Weg gewählt. Es geht nicht um einen Abbau eines Bildungsangebots oder um ein Kleinreden, sondern um einen fairen Angleich. Eine Reduktion der Ferien auf maximal acht Wochen pro Jahr schafft mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bildungswegen und macht die Ausbildung im Lehrberuf wieder attraktiver. Gleichzeitig werden Chancen für mehr Praktika, Berufsarbeit und soziale Einsätze oder begleitetes Selbststudium eröffnet. Dies stärkt den Praxisbezug, die Sozialkompetenz und die Berufsreife. Davon profitieren am Schluss alle: Die Schulen, weil klare Strukturen entstehen, die Betriebe, weil mehr Praxisnähe ermöglicht wird, und die Familien, weil verlässlichere Rahmenbedingungen entstehen. Vor allem aber profitieren die Jugendlichen selber, weil sie ihren Weg aus Überzeugung und aufgrund ihrer Fähigkeiten wählen können und nicht wegen den längeren Ferien. Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Bildungswege sollten ernst genommen werden und es sollten vergleichbare Erwartungen ermöglicht werden. Gleichwertigkeit heisst nicht, dass alles identisch ist, aber kein Weg darf systematisch bevorzugt werden. Damit wird die Berufsbildung gestärkt, ebenso die Wirtschaft und das Vertrauen in ein gerechtes, glaubwürdiges Bildungssystem. Die Zeit ist reif für eine vernünftige Korrektur im Sinne von Fairness, Leistung und Zukunftsorientierung. Die Rednerin hält im Moment an einer Motion fest.

Roman Brunner (SP) hält fest, der Vorstoss reihe sich ein in einen Strauss von bürgerlichen Vorstössen, welche die allgemeinbildende Schule schwächen und abwerten wollten. Die Jugendlichen sollen in die allgemeine Berufsbildung gedrängt werden. Diese Botschaft war von der Vorrednerin zu hören: Die Ferien sollen diesen faulen Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe II gekürzt werden, weil sie ohnehin aus Bequemlichkeit in diesen weiterführenden Schulen sind. Diese Haltung steckt hinter diesem Vorstoss. Der Redner erzählt gerne eine Anekdote vom Tag der Lernenden bei der Wirtschaftskammer von vorletzter Woche: Regierungsrat Markus Eigenmann war auf dem Podium und wurde gefragt, wie er seine eigenen Kinder beraten habe, als es um die Berufswahl und um die weiterführenden Schulen ging. Er sagte, dass er ergebnisneutral die verschiedenen Bildungswege aufgezeigt hatte und dass schlussendlich eine Quote von 50 % für die Berufsbildung und 50 % bei den weiterführenden Schulen herauskam. Ob das die Quote ist, die der Motionärin vorschwebt, sei offengelassen. Viel wichtiger ist das, was Regierungsrat Eigenmann danach sagte: Er betonte, dass unterschiedliche Kinder und Jugendliche unterschiedliche Bedürfnisse haben und entsprechend den Weg auswählen können sollen, der ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entspricht. Es kann doch nicht im Sinne des Regierungsrats sein, dass die Jugendlichen auf den einen oder anderen Bildungsweg gedrängt werden. Insbesondere nicht, indem man die allgemeinbildenden Schulen weniger attraktiv macht, sondern es wäre allenfalls zu überlegen, wie die Berufslehre attraktiver gestaltet werden kann, um entsprechend den Ausgleich zu erreichen, den Silvia Lerch anstrebt, beziehungsweise eine Steuerung zu erreichen.
Die allgemeinbildenden Schulen leisten eine unglaublich gute Arbeit im Kanton, das sieht man auch an der Studienerfolgsquote. Dies ist nicht in Frage zu stellen. Die unterrichtsfreie Zeit ist nicht einfach Ferien. Bei den Lehrpersonen ist das im Jahresarbeitszeitmodell abgebildet; eine Anpassung müsste sorgfältig angegangen werden (Pflichtlektionen etc.). Bei den Schülerinnen und Schülern ist die Zeit gefüllt mit selbständigen Arbeiten, Maturarbeiten, mit Selbststudium und gerade das fördert schlussendlich die Eigenverantwortung, die Selbstdisziplin, die Fähigkeit zur Selbstorganisation, was auch ein Ziel des Bildungssystems darstellt. Wenn schon gleich lange Spiesse erwähnt werden, dann wäre allenfalls auch zu überlegen, wer den Lohn für die Schülerinnen und Schüler zahlt. Der Redner verweist an dieser Stelle auch auf die ausgezeichnete Stellungnahme der Handelskammer zu diesem und auch zum nächsten Vorstoss – der Redner findet es immer sehr differenziert, wie die Handelskammer die bildungspolitischen Vorstösse analysiert. Der Redner hat grundsätzlich Verständnis dafür, dass die Berufsbildung gestärkt werden soll, das ist ein hehres Ziel, aber der Kanton hat auch das übergeordnete Ziel einer möglichst hohen Abschlussquote auf Sekundarstufe II. Damit werden einerseits massiv bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen und andererseits auch das Armutsrisiko massiv verringert. Es nützt wenig, die Attraktivität einzelner Bildungswege zu schmälern. Die SP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Matthias Liechti (SVP) führt aus, 2024 seien rund 6’000 Kinder und Jugendliche in einer Sek II-Ausbildung in einem schulischen Angebot gewesen und einige davon nutzen auch schon dann ihre unterrichtsfreie Zeit für Praktika und Jobs. Gleichwohl findet die SVP-Fraktion die vorliegende Idee eine prüfenswerte Idee, um zu schauen, ob diesen Jugendlichen mehr Praxiserfahrung mitgegeben werden kann in ihrer schulischen Ausbildung. Eine Motion erscheint jedoch nicht der richtige Weg, weil sehr viele Fragen noch offen sind. Die SVP-Fraktion unterstützt ein Postulat, jedoch nicht eine Motion.

Anna-Tina Groelly (Grüne) führt aus, dieser Vorstoss und auch der nächste stellten nach Ansicht der Grüne/EVP-Fraktion die unterschiedlichen Ausbildungswege zu stark als Konkurrenz dar. Der Fraktion ist es sehr wichtig, dass die verschiedenen Ausbildungsgänge nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern als gleichwertig und nötig betrachtet werden und die Akzeptanz da ist, dass unterschiedlich ausgestaltet sein dürfen und sollen. Je nach Ziel, das man verfolgt oder nach Persönlichkeit eignet sich der eine oder andere Weg besser für eine Jugendliche. Die Grüne/EVP-

Fraktion unterstützt weder eine Motion noch ein Postulat. Wie bereits gesagt wurde: Schulfreie Zeit bedeutet nicht einfach, nichts zu machen. Es werden sehr oft Arbeitsaufträge der Schule ausgeführt, Ferienjobs gemacht und es wird in vieler Hinsicht auch Freiwilligenarbeit wie Lager- und Schulferienprogramme für jüngere Kinder mitorganisiert und durchgeführt.

Alain Bai (FDP) sagt, grossmehrheitlich sei die FDP-Fraktion der Auffassung der Motionärin. Die Berufsbildung soll gestärkt werden, wozu es viel Initiativen gibt und Politik und Wirtschaft am gleichen Strick ziehen. Ein grosser Teil der FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Attraktivität der Berufsbildung nicht gestärkt werden soll, indem andere schulische Angebote, in diesem Fall die allgemeinbildenden Schulen, abgewertet werden. Es ist immer wieder festzustellen, dass die verschiedenen Berufsbildungswege gegeneinander ausgespielt werden, wie auch hier wieder. Man sollte vielmehr die Offenheit zwischen den verschiedenen Berufsbildungswegen zeigen und dafür plädieren, dass, wer den einen Weg einschlägt, auch auf dem anderen enden kann. Das Gegeneinander-Ausspielen ist für das Berufsbildungssystem nicht förderlich. Es wurde auch gesagt, dass der Berufsbildungsweg nicht 1:1 vergleichbar ist mit dem schulischen Weg. Das heisst aber nicht, dass der eine Weg besser ist als der andere oder der eine abgewertet werden soll gegenüber dem anderen, sondern es werden verschiedene Bedürfnisse und Leistungen der Jugendlichen und Kinder adressiert. In der Lehre gibt es beispielsweise einen Lohn, dafür weniger Ferien. Auf dem schulischen Weg gibt es keinen Lohn, dafür mehr Ferien, wobei auch gesagt wurde, dass je weiter man in dem schulischen Weg ist, desto eher auch während den Ferien gewisse Arbeiten zu machen sind. Ein grosser Teil der FDP-Fraktion wird weder Motion noch Postulat unterstützen.

Caroline Mall (SVP) äussert sich als Einzelsprecherin der Fraktion. Es gibt fünf Punkte, weshalb weder eine Motion noch ein Postulat überwiesen werden soll. Auf den ersten Blick klingt die Forderung nach gleich langem Spiessen möglicherweise plausibel. Bei genauerem Hinsehen ist es nicht plausibel.
Erstens, Ferien sind nicht gleich Ferien. Diese Debatte erinnert die Rednerin an diejenige zur Abschaffung der WMS. Die Lehrstellen sind unbestritten wichtig für die Schweiz. Schulfreie Zeiten an den Gymnasien, der WMS oder an der FMS sind nicht klassische Ferien, das war bereits zu hören. Sie sind ein integraler Bestandteil eines jahresstrukturierenden Lehrsystems, das auf Vor- und Nachbearbeitung, Selbststudium, Prüfungsphase und Projektarbeit angewiesen ist. Wer diese Zeiten pauschal kürzen will, greift unmittelbar direkt in die pädagogische Qualität und in die Lehrwirksamkeit ein.
Zweitens: Unterschiedliche Ausbildungsformen brauchen unterschiedliche Rahmenbedingungen. Die duale Lehre und die vollschulische Ausbildung verfolgen unterschiedliche – didaktische – Konzepte. Die Lehre ist arbeitsmarktnahe organisiert mit klar geregelten Arbeitszeiten. Die schulischen Ausbildungen hingegen verlangen hohe kognitive Belastung, intensive Lernphasen und eigenverantwortliches Arbeiten, und das oft ausserhalb des Stundenplans. Eine Gleichmacherei ignoriert die Unterschiede und schwächt beide Systeme.
Drittens: Die Vorlage schafft neue Ungerechtigkeiten, statt bestehende zu beheben. Eine starre Ferienreduktion trifft insbesondere leistungsstarke, aber auch belastete Jugendliche. Sie erhöht den Druck, reduziert Erholungsphasen und erhöht das Risiko von Überforderungen und psychischen Belastungen. Dies ist belegt – zu lachen braucht niemand. Gerade in einer Zeit, in der steigender Stress und steigende Abbruchsquoten festgestellt werden können, ist das ein falsches Signal.
Viertens: Die behauptete Lenkungswirkung ist tatsächlich fragwürdig. Die Annahme, die Jugendlichen würden sich primär wegen den Ferien für eine schulische Ausbildung entscheiden, greift zu kurz. Bildungsentscheide sind komplex, dies kann auch Regierungsrat Eigenmann bestätigen, und werden von Fähigkeiten, familiärem Umfeld, Zukunftsperspektiven und Beratung geprägt. Wer glaubt, mit einer Ferienkürzung die Berufslehre attraktiver zu machen, verkennt tatsächlich die

Realität.
Fünftens: Der Staat darf die Bildung nicht über Disziplinierung steuern. Die Bildungspolitik darf nicht darauf abzielen, Wege unattraktiv zu machen, um andere aufzuwerten. Das widerspricht tatsächlich dem Grundprinzip der Gleichwertigkeit von Bildungswegen. Die duale Bildungsbildung wird nicht gestärkt, indem schulische Wege geschwächt werden.
Ein kurzes Fazit. Sowohl die Motion als auch das Postulat setzen auf Vereinfachung statt Differenzierung, auf Gleichmacherei statt Qualität. Sie gefährdet bewährte Bildungsstrukturen, ohne das Problem zu lösen. Wer die Berufsbildung stärken will, muss sie gezielt fördern, aber nicht andere Ausbildungswege künstlich verschlechtern wollen. Die Rednerin bittet, weder die Motion noch das Postulat zu unterstützen.

Christine Frey (FDP) versteht den Vorstoss nicht als Angriff auf die weiterführenden Schulen, sondern als Überlegungsansatz, weshalb gewisse Jugendliche – und sie kennt viele – einfach eine weiterführende Schule besuchen, weil sie nicht wissen, was sie machen sollen, und weil tatsächlich der Ferienaspekt ins Feld geführt wird. Deshalb findet es die Rednerin zielführend, darüber nachzudenken, dass die Ferien nicht die Motivation sein sollten, eine weiterführende Schule zu besuchen. Viele Jugendliche, die ihren obligatorischen Bildungsweg abgeschlossen haben, sind schulmüde. Trotzdem besuchen sie eine weiterführende Schule, weil sie nicht recht wissen, was sie machen sollen, und hängen dort herum. Die Rednerin hat mit vielen Jugendlichen gesprochen, die jetzt im Gymnasium sind. Sie sind im zweiten oder dritten Jahr und haben noch keine Ahnung, was sie tun wollen. Was würde geschehen, wenn zwei Ferienwochen gestrichen würden? Die Lehrer sollten nicht mehr unterrichten, sondern es wäre sinnstiftend, wenn diese Wochen etwas damit zu tun hätten, was die Schülerinnen und Schüler später tun wollen, ob sie eine Lehre oder ein Studium angehen wollen. Vielleicht könnten sie in einen Betrieb schnuppern gehen. Die Rednerin hat die DMS besucht und sie hatte zwei Wochen Landdienst – das wäre auch eine Möglichkeit.
Die Motivation, noch einmal drei, vier Jahre mehr Ferien zu haben, ist die falsche, um in eine weiterführende Schule zu gehen. Deshalb unterstützt die Rednerin ein Postulat.

Gzim Hasanaj (Grüne) führt aus, es gehe um die Wahlfreiheit. Wenn jemand nicht weiss, was er machen will, dann muss er die Freiheit haben, irgendetwas zu tun. Die einen gehen in ein Austauschjahr, andere lernen eine Sprache usw. Es müssen nicht alle in die Lehre geschoben werden. Der Redner hat zwei erwachsene Kinder, die beide eine Lehre absolviert haben. Als es um die Berufswahl ging, hat der Redner genau mit dem Argument der längeren Ferien versucht, ihnen einen schulischen Weg schmackhaft zu machen. Beide haben sich dagegen entschieden. Die Jugendlichen müssen die Entscheidungsfreiheit haben, jeder sucht für sich das Richtige. Statt hier den zwanzigsten Vorstoss mit ungefähr dem gleichen Inhalt zu bearbeiten und Verbote zu diskutieren, wäre es an der Zeit, dass Wirtschaftskammer und die am Thema Interessierten endlich die Lehre reformieren und ins 21. Jahrhundert bringen. Das wäre das Gleiche wie wenn bei einem Ungleichgewicht im Geschäftsgang von Coop und Migros die Arbeitszeiten von Coop gekürzt würden, weil die Migros nicht klarkommt. Für einen Liberalen ist das absolut unverständlich.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) bittet die Landratsmitglieder, sich einmal anzumelden. Dann erscheinen sie auf der Rednerliste beim Vizepräsidium. Wenn jemand aufgerufen wird, braucht er nicht mehr zu drücken – tut er dies, oder nachdem er gesprochen hat – springt die Liste und er kann die nächsten Rednerinnen und Redner nicht mehr drannehmen.

Marc Scherrer (Die Mitte) fühlt sich vom einen oder anderen ein bisschen gereizt. Gewisse Dinge hat er bereits einmal gesagt, aber es ist auch pädagogisch sehr wertvoll, gewisse Dinge zu wiederholen. Roman Brunner hat den Anlass der Wirtschaftskammer erwähnt und dass sich zwei Kinder von Regierungsrat Markus Eigenmann für die Berufsbildung, zwei für eine weiterführende

Schule entschieden hätten. Aber diese Quote mit 50 % reicht nicht. 58 % aller Schülerinnen und Schüler entscheiden sich im Kanton Basel-Landschaft für die Berufsbildung und das ist viel zu wenig. Die Wirtschaft braucht mehr. Es wurde immer gesagt, zwei Drittel gehen in die Berufsbildung, also etwa 66 %, und dies ist schon lange nicht mehr der Fall. Ein Vergleich mit anderen Kantonen – auch das ist nichts Neues – zeigt, das Basel-Landschaft abfällt. Das ist eine Tatsache, ob man das so wahrhaben will oder nicht. Das kommt im Übrigen auch aus dem Bildungsbericht von Stefan Wolter hervor. Die Wirtschaftskammer wird übrigens dazu nächste Woche noch ein Positionspapier publizieren, aber der Redner legt Roman Brunner nahe, den Bildungsbericht 2026 von Stefan Wolter zu lesen, dieser enthält einige spannende Fakten. Ein nächstes Faktum: Stefan Wolter sagt ganz klar, dies zu Roman Brunners Votum, dass wenn man die 95 %-Quote erreichen will, d. h. dass 95 % aller Schülerinnen und Schüler bis und mit zum Alter von 25 Jahren mit einem Sek II-Abschluss ausgestattet sind – was weder die Schweiz noch der Kanton Basel-Landschaft erreicht – wird die Quote in denjenigen Kantonen erfüllt oder annährend erfüllt, in denen die Berufsbildung stark ist. Das bedeutet im Umkehrschluss, und das sagt Stefan Wolter klar, dass die Berufsbildung der Schlüssel zum Erfolg und zur Erreichung dieser 95 %-Quote ist. Es gibt übrigens auch einen entsprechenden Podcast zum Bericht von Stefan Wolter. Das überrascht jetzt vielleicht einige: Der Redner wird die Motion nicht unterstützen, weil er auch kritisch ist, dass das der Schlüssel zum Erfolg ist, aber ein Grossteil der Mitte-Fraktion ist durchaus bereit, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen. Es ist richtig und auch wichtig, das Thema Ferien aufzugreifen
Um bei den Fakten zu bleiben: Aus einer Umfrage bei den Schülerinnen und Schülern der WMS, die aus einer Interpellation des Redners vor eineinhalb Jahren hervorgeht, ist bekannt, dass über 45 % aller Schülerinnen und Schüler die WMS wegen vielen Ferien wählen. Jetzt kann argumentiert werden, dies stimme nicht oder sie hätten sich verklickt. Aber dies muss anerkannt werden. Offensichtlich fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler wählt die WMS wegen der Ferien. Es wird wahrscheinlich nicht das einzige Argument sein, aber es ist ein Argument.
Weitere Fakten, die im Bericht von Stefan Wolter auch schön zum Vorschein kommen: Vollschulische Angebote fallen gegenüber der Berufsbildung ab, wenn es um die Anschlusslösung geht. Es gibt eine Gruppierung, die nennt sich «Not in Education, Employment or Training» (NEET), und Schülerinnen und Schüler aus einem vollschulischen Angebot wie der WMS sind über einen Monat länger in diesem Programm und haben keine Anschlusslösung. Dies im Unterschied zu jemandem, der eine duale Berufsbildung macht. Mit dualer Berufsbildung ist die WMS nicht gemeint.
Auch punkto Sozialkompetenz lobt Stefan Wolter das duale Bildungssystem extrem, weil die Schülerinnen und Schüler in dieser Hinsicht anders aus einer Lehre kommen als aus einem vollschulischen Angebot. Die Ferien sind nicht das einzige Thema, um die Berufsbildung zu stärken und die vollschulischen Angebote zu schwächen, aber es ist ein Thema. Bleibt man bei den Fakten, muss anerkannt werden, dass ein Grossteil oder 45 % der Schülerinnen und Schüler ein vollschulisches Angebot, nicht nur, aber auch wegen den Ferien wählen.
Zu Caroline Mall: Wie soll denn die Berufsbildung gestärkt werden? Der Landrat sagt immer, er wolle dies tun, aber wie? Jeder Vorstoss wird abgelehnt, der sei gegen die schulischen Angebote, etc. Aber wie lauten die Rezepte? Es wäre wichtig, das Thema zu untersuchen. Die Mitte-Fraktion plädiert für ein Postulat, nicht für eine Motion. Was die Ausgangslage anbelangt, so ist diese nicht dieselbe: Ein WMS-Abschluss ist identisch mit einem KV EFZ-Abschluss. Hat jemand die Wahl zwischen einem vollschulischen Angebot mit 14 Wochen Ferien und einer dualen Ausbildung, so ist die Ausgangslage nicht dieselbe. Von 780 gehen 700 in ein WMS-M-Profil und 70 in ein KV-M-Profil. Einfach zu sagen, sie könnten frei wählen und die Ausgangslage sei die gleiche, so stimmt dies nicht. Die Ferien sind nicht das einzige Instrument, aber es lohnt sich, hinzuschauen.

Marco Agostini (Grüne) sagt, eigentlich könne die Marktwirtschaft angewandt werden: Zwei Firmen haben das gleiche Angebot und die eine verbessert das Ihre. In diesem Fall fordert die zweite

Firma die erste nicht dazu auf, ihr Angebot zu verschlechtern, um wieder auf demselben Niveau zu sein. Stattdessen verbessert sie ihr eigenes Angebot. Der Bitte von Marc Scherrer, Vorschläge zu bringen, kann der Redner nachkommen und einige liefern: höhere Löhne und mehr Ferien – die Ferien in der Lehre könnten erhöht werden, so von vier bis fünf auf beispielsweise acht Wochen. Der Redner findet problemlos noch fünf weitere Vorschläge. Im Übrigen würde genau die Initiative für eine 10-Millionen-Schweiz die Probleme bei den Lehrstellen massiv verschärfen. Wenn man das Angebot bei den Lehrstellen verbessert, dann werden auch wieder mehr Personen eine Lehre absolvieren.

Sie sei ein wenig erstaunt, sagt **Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte), dass man sich zwar in einem liberalen Land befinde, aber gewisse Vertreterinnen und Vertreter einer liberalen Partei immer noch weitere Vorschriften und Einschränkungen im Bildungswesen machen würden. Es wurde schon gesagt, dass es x Vorstösse gab. Die Rednerin fühlt sich an sozialistische Länder erinnert, in denen die Ausbildung staatlich vorgeschrieben wurde. Jeder Jugendliche soll den eigenen Weg wählen können, ohne staatliche Steuerung, indem die Ausbildung auf Sekundarstufe II unattraktiv gemacht und geschwächt werden soll. Die Rednerin unterstützt weder das Postulat noch die Motion.

Es gehe hier um unterschiedliche Dinge, meint **Silvia Lerch-Schneider** (FDP): Sie hat zwei Teenager im besagten Alter und kennt sehr viele Jugendliche in der angesprochenen Situation. Dies ist ein Grund für diesen Vorstoss. Die Rednerin sieht, dass viele dieser Jugendlichen an ihren freien Nachmittagen nichts tun. Aber natürlich gibt es auch viele Jugendliche, die etwas mit ihrer Zeit machen.
Betreffend Gleichwertigkeit: Es wurde gesagt, dass nicht das eine geschwächt werden soll, damit das andere besser wird – aber jetzt ist es genau umgekehrt. Angeführt wurde das Beispiel von Ladenöffnungszeiten: Ein Geschäft ist am Mittwoch und Donnerstag geschlossen, währenddem ein anderes durchgehend geöffnet ist. So ist kein Vergleich möglich. Aber wenn das erste Geschäft die Öffnungszeiten erweitert, dann ist die Situation die gleiche. Wünscht man eine Gleichwertigkeit, dann müsste man etwas verändern.
Es wurde gesagt, dass die Belastung in der Schule hoch und der Unterricht anstrengend ist. Dies dürfte jedoch auch für die Arbeit auf der Baustelle gelten. Diese Personen arbeiten den ganzen Tag mit vollem Körpereinsatz. Ihr Tag beginnt morgens um halb sieben Uhr draussen und sie arbeiten bis um fünf Uhr abends. Vielleicht helfen diese Personen abends noch in einem Verein ehrenamtlich. Wer eine Lehre auf dem Bau macht, muss abends oder am Wochenende auch noch lernen, denn es gibt keine freien Nachmittage. Die Rednerin würde deshalb für Schüler eine Präsenzzeit an freien Nachmittagen begrüssen.

Sabine Bucher (GLP) erklärt, Die GLP-Fraktion lehne die Motion aus unterschiedlichen Gründen ab, die teilweise bereits erwähnt wurden. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist auch das Postulat sozusagen bereits beantwortet. Gleichwohl will eine Minderheit ein Postulat überweisen und allenfalls auch gleich direkt abschreiben. Die GLP-Fraktion wünscht ebenfalls, dass die Berufslehre gestärkt wird. Es gibt dazu verschiedene Ansätze: Wichtig ist, dass mit guten Beispielen vorangegangen wird und dass die Kinder relativ neutral aufgeklärt werden, wie von Regierungsrat Markus Eigenmann und Roman Brunner zu hören war. Auch die Rednerin hat das bei ihren Kindern versucht, interessanterweise haben sich beide für eine Lehre entschieden (vielleicht war sie nicht ganz so neutral). Die Berufslehre muss den Jugendlichen schmackhaft gemacht werden, vor allem auch Leuten mit Migrationshintergrund. Es ist eine Tendenz, dass Eltern, die aus dem Ausland kommen oder dort aufgewachsen sind, den Wert der Berufsbildung nicht kennen. Bei ihnen besteht der Eindruck, dass ein Kind in die höchste Ausbildung hinein gepusht werden muss, weil diese als der

beste Weg erachtet wird. Nicht alle denken so, aber dort gibt es womöglich einen Ansatz, um die Berufslehre zu fördern.

Nadim Ismail (SP) stellt klar, dass das von Marc Scherrer vorgebrachte Beispiel mit dem Ferienkriterium nur ein Grund für einen Entscheid für die WMS gewesen sei, aber nicht der einzige Inhalt dieser Umfrage. Daran die gesamte politische Stossrichtung auszurichten, empfindet der Redner als masslos. Die Arbeitsbelastung an weiterführenden Schulen wird scheinbar völlig unterschätzt. Die Ferien werden sehr wohl benötigt, um etwa Abschlussarbeiten zu verfassen. Diese Arbeiten übertreffen vom Aufwand her teilweise eine Bachelorarbeit. Den Schülerinnen und Schülern wird in einem halben Tag aufgezeigt, wie die Arbeiten erstellt werden sollen. Der Kurs an der Fachhochschule zu wissenschaftlichem Arbeiten dauert im Vergleich dazu acht Tage. Das Wissen, wie eine Arbeit aufgebaut wird und geschrieben werden soll, muss in der Freizeit erarbeitet werden. Die Jugendlichen betreiben in der Freizeit gerne Sport. Die Tochter des Redners musste ihre Kurse allerdings oft absagen, weil sie aufgrund der Belastung an den weiterführenden Schulen keine Zeit dafür hatte. Man kann dies nicht mit der Zeit vergleichen, als der Redner selber das Gymnasium besuchte.
Wenn Votanten hier im Saal ein Problem damit haben, dass Jugendliche am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit oder sogar im Gymnasium nicht wissen, was sie tun wollen, dann ist das oft ihr eigenes Problem. Die Jugendlichen hingegen haben damit meistens kein Problem. Es liegt in der Verantwortung der Eltern oder Erziehungsberechtigten, die Jugendlichen auf ihrem weiteren Weg zu unterstützen und sie zu tragen. Dazu gehört auch, ihnen Selbstvertrauen zu geben, dass sie ihren Weg machen werden. Aber diese Diskussion gehört nicht zu diesem Traktandum. Der Redner wird sowohl eine Motion als auch ein Postulat ablehnen, weil das Anliegen völlig unnötig und deplatziert ist.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) erklärt, dass Vorstösse grundsätzlich nicht deplatziert seien, weil sie immer eine grundlegende Haltung vermitteln würden. Man darf selbstverständlich anderer Meinung sein. Silvia Lerch hat ihre Motion in ein Postulat umgewandelt.

Caroline Mall (SVP) erklärt, dass man sich mit solchen Vorstössen auf einem sehr gefährlichen Weg bewege – sie habe dies bereits bei der Thematik WMS versus Lehre zum Ausdruck gebracht: Dies liegt nicht in der Kompetenz des Landrats und die Rednerin glaubt auch nicht, dass mit der Unterstützung solcher Vorstösse Verbesserungen erreicht würden. Selbstverständlich hat die Rednerin auch schon seltsame Vorstösse eingereicht, wie beispielsweise, dass die Hausaufgaben abgeschafft werden sollen, wozu sie heute noch steht. Was viele vielleicht nicht mehr wissen – bestimmt aber der zuständige Regierungsrat und vielleicht auch Marc Scherrer: An der aktuell geltenden Laufbahnverordnung wurde bereits massiv herumgeschraubt. Wenn die Befürworter eines Postulats meinen, dass man heute relativ leicht in eine weiterführende Schule marschiert, dann ist das ein Irrglauben. Dabei möchte die Rednerin auch ihre eigene Fraktion in die Pflicht nehmen. Wenn die Lehre als Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg gestärkt werden will, dann muss man das Angebot attraktiver machen. Das Gegenteil bedeutet, Jugendliche in ihren Visionen, Vorstellungen und in ihrem Können einzuschränken, gehört nicht zu unserem Bildungssystem und schon gar nicht zu den Grundwerten der Schweiz. Die Rednerin bittet darum, solche Vorstösse in Zukunft zu unterlassen. Aktuell ist noch ein Vorstoss hängig, der die FMS angreifen will, was falsch ist. Stattdessen sollte ein Postulat oder eine Motion eingereicht werden, womit der zuständige Regierungsrat aufgefordert wird, echte Lösungen zu finden, damit die Lehrstellen attraktiver werden. Darüber wurde hier im Landratssaal bereits stundenlang diskutiert.
Die Rednerin ist mit dem Thema bestens vertraut, weil sie eine Tochter hat, die jeden Anlass nutzt, mit Schülern an die Berufsschauen zu gehen und sie zu informieren. Aber dies ist auch eine Aufgabe der Eltern. Die Zukunftsperspektiven sollten nicht eingeschränkt werden, indem die weiter-

führenden Schulen mit einem Vorstoss dermassen schlecht geredet werden. Dies ist der falsche Weg, der nicht den Werten der schweizerischen Demokratie entspricht.

Marc Scherrer (Die Mitte) richtet sich zuerst an Nadim Ismail: Dieser habe gesagt, es sei vermessen und unterirdisch, mit Quoten zu argumentieren. Er hat es bereits gesagt: Die Umfrage zeigt, dass 45 % aller Schülerinnen und Schüler die WMS aufgrund der vielen Ferien wählen. Nadim Ismail sagt, dass der Bericht noch andere Gründe aufzeigt, die man ins Feld führen könnte. Diesem Wunsch kann der Redner gerne nachkommen, einen 15-minütigen Vortrag halten und alle Ergebnisse aus dieser Umfrage aufführen. Dadurch wird sich das Bild aber keineswegs anders präsentieren – die WMS wird nicht besser gestellt, sondern eher das Gegenteil. Bereits vor eineinhalb Jahren hat der Redner den Landrat darüber informiert und er rät Nadim Ismail, die Ergebnisse anzuschauen und sich zu informieren, um sich dann substanziell dazu zu äussern. Es ist keine Strategie, wie ein Vogel Strauss den Kopf in den Sand zu stecken und die Ergebnisse der Umfrage zu negieren, weil man sie nicht wahrhaben will.
An Marco Agostini gerichtet konstatiert der Redner, dass er jetzt zwei Vorschläge (mehr Ferien und höhere Löhne) vorgebracht hat, aber diese sind nicht sehr zielführend. Man muss Sorge tragen zu den Betrieben, die heute noch ausbilden. Denn Lernende auszubilden, bedeutet für den Betrieb, dass Geld und sehr viel Nerven investiert werden müssen. Im Bericht von Stefan Wolter wird schön dargestellt, dass diese Betriebe verloren gehen. Soll diesen nun vorgeschrieben werden, noch mehr Ferien und höhere Löhne zu zahlen, dann werden diese Betriebe aus dem System aussteigen. Die Branchenrahmenbedingungen werden partnerschaftlich erarbeitet – auch die Politik sitzt da am Tisch. Werden nun die Branchen staatlich übersteuert und wird bestimmt, dass im Kanton Basel-Landschaft beispielsweise die Malerbranche zehn Wochen Ferien gewähren muss und der Lohn bei CHF 1'500 liegt, dann werden die wertvollen Betriebe, die heute noch ausbilden, verloren gehen.
Es gibt schweizweit ein Problem, dass immer mehr Betriebe aus diesem System aussteigen. KMU-Vertreter haben auch schon gesagt, dass sie lieber Praktikanten ab der WMS nehmen, weil das der bequemere Weg ist. Das kann wirklich nicht die Lösung des Problems sein. Wenn man die Berufsbildung den vollschulischen Angeboten angleichen will, dann braucht es mehr Geld im System. Eine WMS-Schülerin oder ein WMS-Schüler kostet den Kanton in diesen vier Jahren CHF 75’000. Die Berufsbildung kostet die Hälfte. Der Kanton investiert sehr viel Geld in dieses System. Der Redner will nicht die WMS abschaffen, aber wenn schon von gleich langen Ellen gesprochen wird, dann müssen diese auch geschaffen werden. Denn die Rahmenbedingungen sind nicht die gleichen.
Es ist aber nicht so, dass nichts passiert – der Regierungsrat unternimmt bereits viel. Wenn man dieser Diskussion zuhört, kann das Gefühl aufkommen, dass sich die Berufsbildung auf dem absteigenden Ast befindet und nur noch die vollschulischen Angebote gewinnen. Gerade wurde jedoch eine Doppellektion im Bereich der beruflichen Orientierung eingeführt. Es gibt seitens der Wirtschaft unglaublich viele Programme – sei es von der Wirtschaftskammer, der Handelskammer, aber auch von allen Branchen und Berufsverbänden, die alle an einem Strick ziehen und versuchen, die Schülerinnen und Schüler in die Berufsbildung zu bringen. Der Redner unterstützt die Motion nicht, weil das Thema Ferien nicht das einzige ist. Aber es ist wichtig, dass das Thema analysiert wird, dass Fakten geschaffen werden, die der Landrat dann diskutieren kann. Hat Marco Agostini noch weitere Vorschläge, so investiert der Redner gerne die Zeit, um diese zu diskutieren und allenfalls einzureichen.

Laura Ineichen (Grüne) findet es sehr gut, dass man Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gebe, eine weiterführende Schule besuchen zu können. In ihrem Betrieb wurde entschieden, keine 15- bis 16-Jährigen auszubilden. Dies, weil man keine Erziehungsarbeit leisten will – sobald sie 19 bis 20 Jahre alt sind, kann auf einem anderen Niveau diskutiert werden. Wie Caroline Mall gesagt

hat, soll kein System abgewertet werden. Viele junge Leute sind oft auch überfordert, in der Teenie-Phase und nicht bereit für den Arbeitsmarkt. Für Betriebe bedeutet das viel mehr Aufwand, wenn sie Erziehungsarbeit leisten müssen. Während der Lehrzeit noch mehr Ferien zu ermöglichen, sieht die Rednerin wie Marc Scherrer sehr kritisch. Möchten Betriebe dies anbieten, sollen sie es tun können, aber nicht alle Wirtschaftszweige werden sich das leisten können.

Marco Agostini (Grüne) richtet sich an Marc Scherrer: Dieser habe bereits zwei Vorschläge vorgebracht, die interessant sind. Der Redner war selber Lehrmeister mit seiner Frau und unterstützt deshalb die Idee eines Bürokratieabbaus: beim Überprüfen der Leistungen der Lehrenden und bei den Formularen könnte vieles eingespart werden. Wie von Marc Scherrer vorgeschlagen, könnte der Staat mehr Geld in Lehrstellen investieren. Wenn man mehr Lehrstellen schaffen und die Wirtschaft vorwärtsbringen möchte, muss man auch investieren. Aber eine Motion bzw. ein Postulat, das die Reduktion der Ferien in den Schulen fordert, bringt den Kanton nicht weiter.

Natalie Oberholzer (Grüne) will noch ein Thema ansprechen, das bisher noch nicht vorkam. Sie unterstützt die Aussage von Caroline Mall, dass die Attraktivität der Berufslehren gesteigert werden soll. Das kann nicht durch Marketing-Massnahmen geschehen, sondern es muss auch die Frage gestellt werden, wie es den Lernenden in einer Berufslehre geht. Die Rednerin kennt einige Personen, die eine Berufslehre abgebrochen haben. Ein Grund dafür war der Sexismus, den sie erlebt haben. Zwei Frauen haben Malergeschäfte verlassen, weil sie ständig darunter litten. Andere haben abgebrochen, weil sie gemobbt wurden und von den Lehrmeistern schlecht betreut wurden. Vielleicht wäre es sinnvoll, mehr in die Ausbildung von Lehrmeisterinnen und Lehrmeistern zu investieren.

Zum Thema Bildung haben alle eine Meinung im Landratssaal und sind Mini-Experten, sagt **Ronja Jansen** (SP), darum melde sie sich auch noch. Sollen mehr Jugendliche eine Lehre machen, dann muss diese aufgewertet und nicht andere Angebote abgewertet werden. Das wurde bereits mehrfach so gesagt und die Rednerin unterstützt dies. Man muss Jugendliche auch ernst nehmen in ihrer Wahl. Es wirkt herablassend, wenn man glaubt, mit einem Zückerchen wie ein bisschen mehr Ferien die Wahl der Jugendlichen steuern zu können. Weiter müssten die Berufe hinter der Lehre aufgewertet werden. Es gilt anzuschauen, was mit den jungen Menschen nach Abschluss der Lehre passiert. Die Realität ist so, dass man den Kindern von ganz vielen Berufen abraten müsste. Die Rednerin würde ihrem Kind von einer Lehre in der Pflege abraten, weil die Belastung und die Ausstiegsquote sehr hoch sind. Auch reicht der Lohn in gewissen Berufen kaum zum Überleben, weil die Krankenkassenprämien ständig steigen. Auch die körperliche Belastung ist in vielen Berufen sehr hoch. Aber wenn man Jugendliche ernst nehmen will, dann muss man anerkennen, dass in einer Wahl für das Gymnasium oder für andere Schulen auch eine gewisse Rationalität steckt, weil in den Berufen, die mit einer Lehre erreicht werden, die Lohnchancen oft schlechter sind und die körperliche Belastung höher.

Er könne ein paar Feststellungen machen, sagt Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP). Erstens, eine, die bereits Ronja Jansen gemacht hat: Zum Thema Ferien haben alle eine Meinung und es besteht ein Bedürfnis, sich dazu zu äussern. Die zweite Feststellung ist, dass jede Diskussion im Landrat zu jedem Bildungsthema immer bei der WMS landet. Und drittens ist man vom Thema Ferien ausgehend in die grossen bildungspolitischen und sogar sozialpolitischen Fragestellungen eingestiegen. Marc Scherrer hat mehrmals betont, dass man bei den Fakten bleiben soll. Deshalb muss nun eine Zahl korrigiert werden: Die Anzahl Schülerinnen und Schüler im Kanton Basel-Landschaft, die sich für eine Lehre entscheiden, liegt bei 62,5 und nicht bei 58 %. Der Regierungsrat hat festgestellt, dass die Umsetzung der Motion ein grosser Eingriff ins Bildungssystem mit einer Vielzahl von Auswirkungen bedeuten würde. Der Regierungsrat begrüsst deshalb die

Umwandlung in ein Postulat. Der Regierungsrat hatte auch Zweifel an der konkreten Machbarkeit und der Mehrheitsfähigkeit der Forderung der Motion nach der Reduktion auf acht Wochen Ferien. Weil die Auswirkungen so komplex sind, ist der Regierungsrat bereit, die Ferienfrage noch einmal zu prüfen und darüber zu berichten, was allenfalls denkbar wäre und vor allem auch, welche Auswirkungen dies hätte. Der Redner ist sehr gespannt auf die Mehrheitsverhältnisse, weil diese ein Gradmesser für eine allfällige Umsetzung entsprechender Massnahmen ist.

://: Mit 55:27 Stimmen wird der in ein Postulat umgewandelte Vorstoss abgelehnt.